

Einleitung

Der Wandel war umfassend. Von den mehr als 850000 bäuerlichen Privatbetrieben, die die Agrarwirtschaft der DDR zu Beginn der Fünfzigerjahre prägten, existierten am Ende des Jahres 1960 nur noch weniger als 20000. Die übrigen waren im Rahmen einer umfassenden Kollektivierung in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) eingegliedert worden und hatten die agrarökonomische Struktur im Osten Deutschlands damit fundamental verändert. Die Folgen dieses Prozesses beschränkten sich jedoch keineswegs auf wirtschaftliche Aspekte, sondern umfassten politische ebenso wie soziale. Dies war durchaus intendiert, denn von Anbeginn dienten die der kommunistischen Ideologie entlehnten Produktionsgenossenschaften weitreichenden Systemzielen. Als Vergesellschaftungskerne auf dem Land waren sie nicht nur Ausdruck des Technik- und Fortschrittsglaubens der herrschenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), sondern letztlich als deren wichtigste Machtbasis in den Dörfern konzipiert.¹

Damit kommt den LPG als »sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetrieben«² im Rahmen einer Gesellschaftsgeschichte der DDR eine bedeutende Rolle zu. Sie veränderten das Dorf als Produktions- und Sozialverband grundlegend, entzogen den landwirtschaftlichen Produzenten die Verfügungsgewalt über ihren Boden und schufen auf diesem Wege jene großagrarischen Strukturen, die für die ostdeutsche Landwirtschaft bis zum heutigen Tage charakteristisch sind. Mit ihrem Entstehen eng verbunden war ein

1 Zahlenangaben nach: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, hg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (Ost) 1956, S. 196; Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Zentralarchiv (ZA), Sekretariat des Ministers (SdM) 155, Bl. 55. Vgl. Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 2002, S. 213–216; Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiheerrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt/M. 1992, S. 116–119; Peter Graf Kielmansegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands, Berlin 2000, S. 597. Zum Begriff »Vergesellschaftungskern«: Martin Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 31–61, bes. S. 38–44.

2 Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 3. Juni 1959, in: Gesetzblatt der DDR (GBl.), Teil I, Nr. 36, 12.6.1959, S. 577–580, hier S. 577. Vgl. ausführlich zu Produktionsgenossenschaften, ihren Charakteristika und Funktionen: János Kornai, Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995, S. 82–90; Rolf Steding, Genossenschaftsrecht, Baden-Baden 2002, S. 72–76.

umfassender Austausch der ländlichen Eliten, eine beständige Ausdifferenzierung der ökonomischen wie politischen Steuerungspraxis und – neben anderem – ein zielgerichteter Ausbau des Überwachungs- und Repressionsapparates auf dem Lande.

»Die geschichtliche Bedeutung des Übergangs aller Bauern zur genossenschaftlichen Arbeit in den LPG besteht darin, dass nunmehr auch in der Landwirtschaft die Grundlagen des Sozialismus geschaffen sind. Damit ist in der DDR die Befreiung der Bauern beendet«, verkündete Walter Ulbricht³ in seiner Funktion als Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates in einer Regierungserklärung vor der Volkskammer am 25. April 1960 und zog damit den vermeintlichen Schlussstrich unter die mehr als acht Jahre andauernde Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR.⁴

Eben jenem Prozess widmet sich die vorliegende Arbeit. Im Mittelpunkt steht dabei zunächst die Genese der Produktionsgenossenschaften. Diese scheint ihren Ursprung auf den ersten Blick in den Beschlüssen der II. Parteikonferenz der SED zu haben, die im Juli des Jahres 1952 den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR und in diesem Zusammenhang die Errichtung von entsprechenden Genossenschaften in den Dörfern beschloss. Tatsächlich bedeutete diese Entscheidung jedoch nur die öffentlich wahrnehmbare Bekanntgabe einer Politik, die schon seit 1945 zumindest strukturell auf eine Kollektivierung hingearbeitet hatte. Zwar wäre es zu kurzschlüssig, hier durchgängig eine direkte oder gar geradlinige Verbindung zu konstruieren, doch gilt es, die Rahmenbedingungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges umfassend zu berücksichtigen, wenn man der Entstehung und Entwicklung der LPG gerecht werden will.

In den Planungen der nach Moskau emigrierten Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) hatten Produktionsgenossenschaften 1944/45 noch keine Rolle gespielt, doch schon die radikale Durchführung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) deutete an,

3 Walter Ulbricht (1893–1973), Lehre als Tischler; 1912 SPD, 1919 Mitbegründer der KPD in Leipzig; 1923/24 Mitglied der KPD-Zentrale, Mai 1924 Besuch der Lenin-Schule in Moskau; 1929–1946 Mitglied des Politbüros (PB) des Zentralkomitees (ZK) der KPD; ab 1933 wegen antifaschistischer Tätigkeit mit Haftbefehl gesucht; Oktober 1933 Emigration, zunächst nach Paris und Prag, 1938 nach Moskau, dort verschiedene hochrangige Funktionen; Mitarbeit an den programmatischen Dokumenten für die Nachkriegszeit; 30.4.1945 als Leiter der Initiativgruppe des ZK der KPD für Berlin (»Gruppe Ulbricht«) Rückkehr nach Deutschland; ab 1946 Mitglied des Parteivorstandes bzw. ZK der SED, ab 1949 auch Mitglied des Politbüros; 1949–1955 Stellvertreter u. 1955–1960 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates; 1950–1953 Generalsekretär, 1953–1971 Erster Sekretär des ZK der SED; zahllose weitere hohe Funktionen in Partei und Staatsapparat; 1971 von Erich Honecker in Rücksprache mit der KPdSU-Führung entmachtet. Vgl. Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann (Hg.), Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000, S. 868f.

4 Über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Regierungserklärung vor der Volkskammer der DDR am 25. April 1960, in: Walter Ulbricht, Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. II: Juli 1958–Dezember 1960, Berlin (Ost) 1962, S. 1159–1205, Zitat S. 1160.

dass sowohl die Besatzungsmacht als auch die deutschen Kommunisten auf eine weitreichende Transformation der ländlichen Besitz- und Produktionsverhältnisse abzielten. Ökonomische Fragen waren dabei häufig von untergeordnetem Belang, obwohl gerade infolge des Krieges der Sicherung der Ernährung herausragende Bedeutung zukam. So resultierten aus der Reform zahlreiche Folgeprobleme, die unmittelbaren Einfluss auf die Agrarpolitik der SED-Führung in den Fünfzigerjahren nehmen sollten.⁵

Der zweite Schritt auf dem Weg zur Kollektivierung, diese jedoch noch immer nicht unmittelbar antizipierend, erfolgte 1948. Eng verbunden mit dem Übergang zur Planwirtschaft und dem Umbau der SBZ zur »Volksdemokratie« trieb die SED-Führung die Exklusion traditional geprägter Organisationen und Führungsschichten der ländlichen Gesellschaft zielgerichtet voran. Dazu zählten neben den sogenannten »Großbauern« vor allem die Raiffeisengenossenschaften, der private Landhandel und die Züchterverbände.⁶

Doch erst 1952, nachdem die sowjetische Hegemonialmacht ihre Zustimmung erteilt hatte, war die selbst ernannte »Partei der Arbeiterklasse« in die Lage versetzt, die ideologisch vorgegebenen Kollektivierungspläne in die Tat umzusetzen. Damit begann ein Transformationsschub, der von einer zunehmenden Radikalisierung gekennzeichnet war, den Machthabern im Juni des Jahres 1953 jedoch die Grenzen ihrer diktatorischen Möglichkeiten nur allzu deutlich aufzeigte. Daraufhin erfolgte der vorläufige Abbruch der forcierten Kollektivierung, ohne allerdings das Ziel einer sozialistischen Großraumwirtschaft grundlegend in Frage zu stellen.⁷

5 Vgl. »Die Agrarpolitik des Blocks der kämpferischen Demokratie« – Maschinenschriftliche Ausarbeitung von Edwin Hoernle für die Abendschule der KPD-Kader in Moskau, am 4. Februar 1945 vorgetragen, in: Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hg.), »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 311–326. Zu politischen Implikationen im Rahmen der Bodenreform: Ulrich Kluge, »Die Bodenreform ist in erster Linie eine politische Angelegenheit.« Agrarstruktureller Wandel in Sachsen 1945/46, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), »Junkerland in Bauernhand«? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 103–117. Zur Ernährungslage: Marcel Boldorf, Landarmut in der SBZ/DDR zwischen Bodenreform und Kollektivierung (1945–1952/53), in: Ulrich Kluge/Winfrid Halder/Katja Schlenker (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der »sozialistischen Landwirtschaft« in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 141–155, bes. S. 145–149.

6 Vgl. Arnd Bauerkämper, Auf dem Wege zum »Sozialismus auf dem Lande«. Die Politik der SED 1948/49 und die Reaktionen in den dörflich-agrarischen Milieus, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozess der Gründung der DDR, München 2000, S. 245–268. Allg. zur Bedeutung des Jahres 1948 für die Vorgeschichte der DDR: Udo Wengst, Zwischen Aufrechterhaltung der Einheit und Teilung der Nation: Das Jahr 1948 in der deutschen Geschichte, in: ebd., S. 25–38.

7 Vgl. Jens Schöne, »Wir sind dafür, dass über diese Fragen keine Berichterstattung erfolgt.« Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR 1952/53, in: Falco Werkentin (Hg.), Der Aufbau der »Grundlagen des Sozialismus« in der DDR 1952/53, Berlin 2002, S. 71–94.

In den Folgejahren schritt die Gründung von Produktionsgenossenschaften, flankiert von umfassenden staatlichen Hilfsmaßnahmen, auf geringem Niveau aber kontinuierlich weiter voran. Auf den ersten Blick völlig überstürzt initiierten Funktionäre der SED im Winter 1959/60 – zum Teil in frappierender Ähnlichkeit zu den Ereignissen des Jahres 1952 – einen zweiten Kollektivierungsschub, der nun tatsächlich das angestrebte Ergebnis erbrachte: die »vollgenossenschaftliche« Landwirtschaft. Sehr bald sollte sich jedoch zeigen, dass die SED ihr wichtigstes agrarpolitisches Ziel damit strukturell, nicht jedoch funktional erreicht hatte. Schon im Sommer 1960, noch stärker aber ein Jahr später, kam es zu weitreichenden Auflösungserscheinungen innerhalb der LPG, der Widerstand gegen eine zentral geplante und gelenkte Landwirtschaft, die der bäuerlichen Eigeninitiative kaum Raum ließ, wuchs, und die Zahl der sogenannten »Republikflüchtigen« aus dem ländlichen Raum nahm für die Machthaber bedrohliche Ausmaße an. All dies hatte wesentlichen Einfluss auf den Entschluss der SED-Führung, hier eine Radikallösung herbeizuführen: den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Doch selbst damit ließ sich die negative Stimmung in den Dörfern nicht sofort umkehren. Erst umfassende sozialpolitische Zugeständnisse, begleitet von drakonischen Strafmaßnahmen bis hin zu Todesurteilen gegen opponierende Bauern, vermochten es, die Akzeptanz einer Mehrheit der ländlichen Bevölkerung für die genossenschaftliche Produktion zu erzielen.⁸

Diese Ambivalenz von Lockung und Zwang kann durchaus als Wesensmerkmal des Kollektivierungsprozesses angesehen werden und verdient im Folgenden besondere Aufmerksamkeit. Denn obwohl die Mehrheit der landwirtschaftlichen Produzenten den LPG bis hin zum »sozialistischen Frühling« des Jahres 1960 ablehnend gegenübergestanden hatte, gab es zu jedem Zeitpunkt auch Befürworter dieser Betriebsform. Daher kann sich eine Darstellung der Kollektivierung keineswegs auf struktur- oder institutionengeschichtliche Fragestellungen beschränken, sondern muss darüber hinaus sozialhistorische umfassend berücksichtigen. Dies gilt umso mehr, als die SED-Führung trotz ihres totalitären Gestaltungsanspruches durchaus nicht unbeschränkt herrschen konnte, sondern der Bevölkerung vielmehr »eine Version der gesellschaftlichen Realität bieten [musste], die so real und nachvollziehbar ist, dass sie nicht sofort verworfen wird«⁹. Neben einer systematischen Klientelbildung, auf die ohne Zweifel schon die Bodenreform

8 Zum Zusammenhang von Kollektivierung und Mauerbau vgl. Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1988, S. 319; Patrick Major, *Innenpolitische Aspekte der zweiten Berlinkrise (1958–1961)*, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hg.), *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen*, Berlin 2002, S. 97–110. Zu den Todesurteilen: Falco Werkentin, *Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression*, Berlin 1997, S. 105–110.

9 Terry Eagleton, *Ideologie. Eine Einführung*, Stuttgart/Weimar 1993, S. 23.

abgezielt hatte, ergab sich daraus zwingend die Notwendigkeit, überlieferte Werte, Traditionen und Mentalitäten zu berücksichtigen. Somit kommt auch der Frage nach Kontinuitäten und Brüchen innerhalb des Kollektivierungsprozesses zentrale Bedeutung zu. Eine genaue Gewichtung dieser Präliminarien vermag letztlich auch, eine weitere grundlegende Frage zu beantworten: Handelte es sich bei der Kollektivierung um die Verwirklichung eines seit 1945 stringent verfolgten und ideologisch vorgegebenen Zieles oder war sie primär das Ergebnis von kurzfristigen politischen Kurswechseln, die wesentlich aus nicht intendierten Folgeerscheinungen der agrarpolitischen Grundsatzentscheidungen der Nachkriegsjahre resultierten?¹⁰

Die gleiche Frage gilt es auf den Kollektivierungsprozess selbst zu beziehen. War etwa der »sozialistische Frühling«, in dem der Zwang zum nahezu alleinigen und konstitutiven Gründungselement von Genossenschaften gerann, unmittelbar aus der kommunistischen Ideologie und den sowjetischen Kollektivierungserfahrungen abgeleitet, war er die Folge veränderter Rahmenbedingungen oder aber ergab er sich zwangsläufig aus dem bisherigen Verlauf der Kollektivierungsbemühungen? Eine eindimensionale Antwort auf diese Problemstellung wird kaum möglich sein, die genaue Gewichtung der in Frage kommenden Faktoren ermöglicht es jedoch, die Motivlagen nicht nur der politisch maßgeblichen Kräfte, sondern aller Beteiligten genauer als bisher zu analysieren.

Bei einer solchen Analyse gilt es grundlegend zu berücksichtigen, dass die DDR in den Fünfzigerjahren eine Reihe von Spezifika aufwies, die unmittelbaren Einfluss auch auf die Umgestaltung der Landwirtschaft und das Verhalten der davon Betroffenen ausübten. Davon seien an dieser Stelle zunächst die drei wichtigsten benannt: *Erstens* wurde die DDR in Teilen der (ländlichen) Bevölkerung als deutscher Teilstaat wahrgenommen, dessen Existenz begrenzt war und lediglich einen nahezu absehbaren Zeitraum bis zur Wiedervereinigung überbrückte. Da dem herrschenden Regime darüber hinaus eine demokratische Legitimationsbasis fehlte und der legitimatorische Selbstvergleich mit der Bundesrepublik als Referenzgesellschaft in zunehmendem Maße negativ ausfiel, stieg die Zahl der in das westliche Deutschland abwandernden DDR-Bürger gerade in krisenhaften Zeiten unübersehbar an.¹¹

10 Unterschiedliche Interpretationen dazu in: Christel Nehrig, Landwirtschaftspolitik, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 294–305; Christel Panzig, »Freiwillig bin ich nich' in de LPG jegang'n, aber 's war'n meine best'n Jahre«. Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft zwischen Zwang und Freiwilligkeit, in: Gerd Bender/Ulrich Falk (Hg.), Recht im Sozialismus. Analysen zur Normdurchsetzung in osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften (1944/45–1989), Bd. 1: Enteignungen, Frankfurt/M. 1999, S. 153–187; Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, bes. S. 305–318.

11 Vgl. Kleßmann, Zwei Saaten, eine Nation, S. 301–329, 558.

Diesem Umstand musste die SED-Führung Rechnung tragen, entweder durch Zugeständnisse oder weitere Repressionen. Sie tat dies in jeweils unterschiedlichem Maße und löste dadurch unterschiedliche Reaktionen aus, worauf im Folgenden einzugehen sein wird. Für die Landwirtschaft bedeutete die Möglichkeit der Abwanderung vor allem einen kaum zu verkraftenden Verlust an Arbeitskräften mit gravierenden Folgeproblemen, führte aber auch dazu, dass das Potential oppositioneller Kräfte tendenziell abnahm.¹²

Zweitens war die SED trotz eindeutiger und faktisch nicht angreifbarer Dominanz innerhalb des Parteienspektrums der DDR zu jedem Zeitpunkt von den Interessenlagen der sowjetischen Schutzmacht abhängig. Doch ergaben sich hier im Verlauf des Jahrzehnts signifikante Veränderungen, die wesentlichen Einfluss auf den Verlauf der Kollektivierung ausübten. Während dies noch 1952 undenkbar gewesen war, konnte die Parteiführung acht Jahre später nahezu souverän über ihre Agrarpolitik entscheiden; ein Umstand, der – wie zu zeigen sein wird – weitreichende Konsequenzen nach sich zog.¹³

Drittens ist zu berücksichtigen, dass die Fünfzigerjahre nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die gesamte gesellschaftlich-politische Entwicklung der DDR eine Formierungsphase darstellten. Zwar waren zahlreiche elementare Entscheidungen, wie etwa die Durchsetzung der Hegemonie der SED, bereits zuvor gefallen, doch stand die Herausbildung sozialistischer Gesellschaftsstrukturen noch bevor und die Absicherung der Macht jenseits offener Repression zum überwiegenden Teil noch aus. Hierbei ist die fortschreitende Zentralisierung und Entdifferenzierung von Wirtschaft und Gesellschaft ebenso zu berücksichtigen wie die weitere Ausdifferenzierung des Staats- und Parteiapparates oder der Aufbau komplexer Sicherheitsorgane.¹⁴

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die DDR in den Fünfzigerjahren einen tiefgreifenden Wandel erlebte und sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, ökonomischen Kompetenzen sowie politischen Hierarchiegeflechte damit unübersehbar veränderten. Das galt im besonderen

12 Vgl. allg. Jürgen Kocka, Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: ders., Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995, S. 102–121; Meuschel, Legitimation und Parteiheerrschaft, S. 25–27. Zur Frage von »Republikflucht« und Opposition: Karl Wilhelm Fricke, Dimensionen von Opposition und Widerstand in der DDR, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, S. 21–43, bes. S. 31.

13 Zur Veränderung der sowjetischen Haltung gegenüber der SED: Elke Scherstjanoi, Zum Verhältnis zwischen SED- und KPdSU-Führung, in: Herbst/Stephan/Winkler, Die SED, S. 177–196; Gerhard Wettig, Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955, München 1999.

14 Vgl. zur Frage der Entdifferenzierung einführend: Richard Bessel/Ralph Jessen, Einleitung. Die Grenzen der Diktatur, in: dies. (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 7–23. Zur Entwicklung der Sicherheitsorgane exemplarisch: Armin Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971), Berlin 2002.

Maße für die Agrarwirtschaft, das wesentliche Herrschaftsziel der Monopolpartei blieb dabei jedoch auffallend konstant: die Überführung der traditionell einzelbäuerlichen Landwirtschaft in eine sozialistische Großraumwirtschaft auf dem Wege der Kollektivierung. Dieser Grundwiderspruch zwischen variablen Voraussetzungen und statischen Zielvorgaben verlangte am Ende des Jahrzehnts zunehmend nach einer Lösung – inwiefern der erzwungene Abschluss der »Vergenossenschaftlichung« im Frühjahr 1960 damit vorgezeichnet oder gar unvermeidlich war, soll daher an gegebener Stelle hinterfragt werden.¹⁵

Bis zum heutigen Tage besteht Bedarf an einer konzisen Geschichte des Gründungsprozesses der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.¹⁶ Trotz zahlreicher Detailstudien und bereits vorliegender, teils umfassender Darstellungen zur Entwicklung der ländlichen Gesellschaft im relevanten Zeitraum konnten viele grundlegende Fragen bisher nicht befriedigend beantwortet werden. Neben den bereits angeführten wären dabei vor allem zu nennen: Warum entschloss sich die politische Führung der DDR zweimal, 1952 und 1959, die Kollektivierung mit weitreichenden Zwangsmaßnahmen voranzutreiben, ohne einen solchen Schritt jedoch »ideologisch und gesetzestechisch gut« vorzubereiten?¹⁷ Welche Handlungsmotivationen und Sachzwänge veranlassten die Machthaber zu diesem Schritt? Warum konnte die »Vergenossenschaftlichung« 1960 trotz fehlender Vorbereitung durchgesetzt werden, warum scheiterte sie hingegen 1953? Welche Rolle spielten Spontaneität, Freiwilligkeit und Zwang zu unterschiedlichen Zeitpunkten? Wie wurde die durchaus vorhandene Zustimmung zu diesem Prozess honoriert und instrumentalisiert, wie der weitreichende Widerstand gebrochen? Welche Bedeutung kam den sich zunehmend entwickelnden Sicherheitsorganen, wie dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) oder der Volkspolizei (VP), zu? Und nicht zuletzt: Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Kollektivierungspolitik und den zeitnahen Systemkrisen, die als »Entwicklungsknoten«¹⁸ einen kaum zu überschätzenden Einfluss auf

15 Zum gesellschaftlichen Wandel der DDR im relevanten Zeitraum vgl. Dierk Hoffmann, Die DDR unter Ulbricht. Gewaltsame Neuordnung und gescheiterte Modernisierung, Zürich 2003; Gerhard A. Ritter, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 50 (2002), S. 171–200.

16 Vgl. den entsprechenden Hinweis von Ulrich Kluge in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG), 89. Band, Heft 3 (2002), S. 360. Detailliert dargestellt sind inzwischen jedoch die sozialhistorischen Hintergründe und Auswirkungen des Kollektivierungsprozesses, siehe dazu vor allem: Arnd Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963, Köln 2002.

17 Eine solche »gute« Vorbereitung wird fälschlicherweise angenommen in: Klaus Schroeder (unter Mitarbeit von Steffen Alisch), Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990, München 1998, S. 111.

18 Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen: über geschichtliches Studium, in: ders., Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin (West) 1956, hier S. 117.

den Fortgang der »Vergenossenschaftlichung« ausübten und ihren offenkundigsten Ausdruck am 17. Juni 1953 bzw. am 13. August 1961 fanden?

Dies sind zentrale Leitfragen, denen in der Folge nachzugehen sein wird. Dabei ist zu beachten, dass sie keineswegs eindimensional ausgerichtet sind, sondern neben der herrschaftsgeschichtlichen immer auch die sozialhistorische Dimension umfassend berücksichtigen. Denn trotz zunehmender Entdifferenzierung und politischer Verfasstheit der Gesellschaft im SED-Staat war diese keineswegs stillgelegt, sondern entfaltete durchaus eine eigene Handlungsdynamik, die im Verlauf der Kollektivierung grundlegend in Betracht gezogen werden musste. Daher wird auch zu fragen sein, welche Reaktionen die obrigkeitsstaatlichen Eingriffe hervorriefen, wie diese adaptiert wurden, welchen Modifikationen sie dabei unterlagen und welche Rückwirkungen der Gesellschaft auf die Politik sich daraus ergaben.¹⁹

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es daher, die politisch initiierte Entstehung und Etablierung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR im Zeitraum zwischen 1952 und 1960/61 detailliert darzulegen, ihre Stellung in sowie ihre Wechselbeziehungen mit der ländlichen Gesellschaft auf breiter Quellenbasis zu rekonstruieren und somit einen der wichtigsten Abschnitte der agrarhistorischen Entwicklung des ostdeutschen Staates genauer als bisher zu konturieren. An zentraler Stelle getroffene Entscheidungen und deren Durchsetzung werden hier ebenso zu berücksichtigen sein wie die daraus folgenden Reaktionen in den ländlichen Milieus. Im Mittelpunkt stehen dabei die zwei entscheidenden Kollektivierungsabschnitte der Jahre 1952/53 und 1959/60, in deren Verlauf insgesamt etwa drei Viertel der einzelbäuerlichen Betriebe in Produktionsgenossenschaften überführt wurden. Wie zu keinem anderen Zeitpunkt im Verlauf der »Vergenossenschaftlichung« treten in diesen Phasen politische Steuerungsabsichten, soziale Auf- und Abstiegsprozesse, traditional begründete Abwehrreaktionen und nicht intendierte Folgewirkungen deutlich zutage und ermöglichen es daher, zu einem weitreichenden Erkenntnisgewinn zu gelangen.

Trotz des angestrebten Erkenntnisgewinns erhebt die Arbeit keineswegs den Anspruch, das Thema erschöpfend zu behandeln. Weitere Untersuchungen müssen notwendigerweise folgen, um das Bild von der Formierung der »sozialistischen Landwirtschaft« in der DDR abzurunden. Dies trifft insbesondere auf zwei Themenbereiche zu, die im Folgenden zwar Berücksichtigung finden, aufgrund ihrer komplexen Struktur und Wirkungsmächtigkeit jedoch dringend eigener systematischer Analysen bedürfen: die Rolle der

19 Zu grundlegend differierenden Interpretationen zum Verhältnis von Politik und Gesellschaft in der DDR vgl. Sigrid Meuschel, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft (GG) 19 (1993), S. 5–14; Ralph Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: GG 21 (1995), S. 96–110; mit Bezug auf die ländliche Gesellschaft: Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft, S. 409–413.

Kirchen und Religionsgemeinschaften²⁰ sowie die Bedeutung der mannigfaltigen deutsch-deutschen Beziehungen, vor allem jener unterhalb der institutionellen Ebene²¹. Die Funktion der alljährlichen »Grünen Woche« in West-Berlin etwa, die von den Bauern der DDR als ebenso bedeutsam eingeschätzt wurde wie vom Ministerium für Staatssicherheit (wenn auch aus unterschiedlichen Gründen), gilt es dabei ebenso zu hinterfragen wie z.B. den Einfluss lokaler Kirchenvertreter auf die Beschleunigung bzw. Abbremsung des Kollektivierungsprozesses. Derartige Forschungen seien an dieser Stelle nachdrücklich angeregt.

Forschungsstand

Aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für die Konstruktion sozialistischer Gesellschaftsstrukturen auf dem Lande rief bereits das Entstehen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bei den Zeitgenossen reges wissenschaftliches und publizistisches Interesse hervor, das bis zum Ende der deutsch-deutschen Teilung mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen anhielt. Gerade weil die LPG jedoch elementarer Bestandteil des von der SED-Führung vorangetriebenen Transformationsprozesses waren und weitreichende Folgewirkungen zeitigten, schlugen sich in den Debatten oftmals mehr die politischen Präferenzen der Beteiligten nieder als eine fundierte Analyse der Produktionsgenossenschaften. Dieser Umstand traf auf die Bundesrepublik ebenso zu wie auf die DDR und war vor allem bis zum Beginn der Achtzigerjahre stark ausgeprägt. Die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit auf diesem Feld spiegelt damit erkennbar den zugrunde liegenden Systemgegensatz wider, der so unmittelbaren Eingang in die Publikationen fand. Dennoch wäre es verfehlt, die vorliegenden Ergebnisse dieser Auseinandersetzung allzu leichtfertig zu verwerfen, denn sie bieten einen detaillierten Einblick in den Kollektivierungsprozess und ermöglichen im Umkehrschluss eine Einbettung der Kollektivierung in weit umfassendere Fragestellungen.²²

20 Obwohl die Forschungsliteratur zu diesem Themenbereich mittlerweile kaum noch zu überblicken ist, konzentriert sie sich fast ausschließlich auf den urbanen Bereich. Als Ausnahme wäre hier lediglich zu nennen: Tim Möhlenbrock, *Kirchen und Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945–1949. Eine Untersuchung über das Verhalten der evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirche während der »demokratischen Bodenreform« in der SBZ unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Bodenreform auf das kirchliche Vermögen*, Frankfurt/M. 1997.

21 Zahlreiche Hinweise zu diesem Thema finden sich in: Michael F. Scholz, *Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste*, Berlin 1997.

22 Die folgenden Ausführungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sollen lediglich allgemeine Entwicklungslinien der Forschung verdeutlichen und sind weitgehend auf den Kollektivierungsprozess sowie seine direkte Vorgeschichte beschränkt. Die tagespolitische Debatte um die »Vergenossenschaftlichung« bleibt ausgespart, vgl. dazu den

Die Historiographie der DDR widmete sich von Anbeginn in großem Umfang den Transformationsprozessen auf dem Lande, da dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der »werktätigen Bauernschaft« innerhalb der Herrschaftslegitimation der SED eine zentrale Rolle zukam.²³ Im Mittelpunkt des Interesses standen dabei die Bodenreform und die Kollektivierung, darüber hinausgehende Studien bildeten die Ausnahme. Gemäß des ihnen zugrunde liegenden deterministischen Weltbildes dienten die Darstellungen vor allem einem Zweck: der teleologischen Deutung der SED-Agrarpolitik als Vollendung eines jahrhundertlangen Kampfes der Bauern um ihre Befreiung. So wurde die Bodenreform noch 1989 als »erste siegreiche revolutionäre Massenaktion in der deutschen Geschichte« eingeschätzt, dabei die Initiative der »werktätigen Masse« in den Vordergrund gerückt und die KPD zu deren Vordenkerin und Vollstreckerin stilisiert.²⁴

Auf ähnliche Argumentationsmuster griff die bis in die Achtzigerjahre hinein nahezu monolithische Geschichtsschreibung zur Kollektivierung zurück. Wiederum waren es hier vorgeblich die Klein- und Mittelbauern, welche die »sozialistische Umgestaltung« der Landwirtschaft forderten und daher im Frühjahr 1952 spontan zur Gründung von Produktionsgenossenschaften übergingen. Derartige Bestrebungen griff die Parteiführung der SED vermeintlich nur auf und entsprach mit der auf der II. Parteikonferenz angezeigten Kollektivierung lediglich den Forderungen einer Mehrheit der ländlichen Bevölkerung.²⁵ In der Folgezeit hätten vor allem die zu »Groß-

Dokumentenanhang in: Kluge/Halder/Schlenker, Zwischen Bodenreform und Kollektivierung, S. 291–373. Thematisch weiter gefasste Literaturhinweise mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung in: ebd., S. 11–38; Arnd Bauerkämper, Legitimation durch Abgrenzung. Interpretation der Bodenreform und der Kollektivierung im Kontext der deutschen Teilung und Vereinigung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 38 (1996), H. 4, S. 36–69; Jens Schöne, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der DDR, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mähler (Hg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Fs. Hermann Weber, Paderborn 2003, S. 254–259.

23 Zur Historiographie der DDR als Legitimationswissenschaft z.B.: Ilko-Sascha Kowalczyk, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997, bes. S. 342–348; Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969, München 2001, bes. S. 13–27, 442–448. Zur Bündnistheorie einführend: Friedrich Engels, Zur Bauernfrage, Berlin (Ost) 1971.

24 Rolf Badstübner u.a. (Hg.), Deutsche Geschichte, Bd. 9: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Berlin (Ost) 1989, bes. S. 115–130, Zitat S. 129. Zu diesem Themenbereich auch: Joachim Piskol/Christel Nehrigh/Paul Trixa, Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande (1945–1949), Berlin (Ost) 1984; Richard Stöckigt, Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform. Mai 1945 bis April 1946, Berlin (Ost) 1964.

25 In diesem Sinne u.a.: Wilhelm Herferth u.a., Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, Berlin (Ost) 1965; Volker Klemm u.a., Agrargeschichte. Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin (Ost) 1978; Otto Rühle, Bauer und Geschichte. Von der demokratischen Bodenreform zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR, Berlin (Ost) 1961; Josef Sommer, Die Entwicklung der LPG von 1952 bis 1960, Habilitationsschrift (Ms.), Hum-

bauern« stilisierten Eigentümer von mehr als 20 Hektar (ha) landwirtschaftlicher Nutzfläche versucht, diese Entwicklung zu hintertreiben und damit den »Klassenkampf« in den Dörfern verschärft. Den Höhepunkt dieser Bemühungen stellten im Verständnis der DDR-Geschichtswissenschaft die Ereignisse um den 17. Juni 1953 dar, der auf dem Lande selbstredend nur Unterstützung unter den Großbauern fand, von allen anderen Bevölkerungsgruppen hingegen konsequent abgelehnt wurde.²⁶

Dennoch war in dessen Folge eine gewisse Stagnation im Prozess der LPG-Gründungen nicht zu übersehen, die erst nach dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 überwunden werden konnte. Jetzt jedoch, da die »Partei der Arbeiterklasse« als nahezu allmächtige Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung wieder aktiv in Erscheinung trat, war der weitere Weg zwingend vorgezeichnet. Im »sozialistischen Frühling« des Jahres 1960 vollzog innerhalb von nur drei Monaten die noch verbliebene Hälfte der landwirtschaftlichen Privatbetriebe den Schritt »vom Ich zum Wir« und schloss sich zu LPG zusammen. Die durchgängige Freiwilligkeit dieses Prozesses stand dabei für die Historiker der DDR ebenso außer Frage wie der Umstand, dass hierdurch »der Jahrhunderte lange Befreiungskampf der deutschen Bauern nunmehr auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik siegreich beendet« wurde.²⁷ Von lokalen Funktionären, eingesetzten Werbebrigaden sowie Justiz- und Sicherheitsorganen ausgeübter Druck, Zwangsmaßnahmen und Widerstand gegen die Kollektivierungsbestrebungen blieben hierbei nahezu unerwähnt oder wurden zu Einzelfällen erklärt.²⁸

boldt-Universität zu Berlin 1962; Heinz Wachowitz, Die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR, Berlin (Ost) 1962; exemplarisch: Klaus Schlehofer, Bernhard Grünert. Ein Pionier der sozialistischen Landwirtschaft der DDR, Berlin (Ost) 1983, S. 181–194.

26 Vgl. Rosemarie Sachse u.a. (Hg.), Früchte des Bündnisses. Vom Werden und Wachsen der sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin (Ost) 1985, S. 100.

27 Stefan Doernberg, Kurze Geschichte der DDR, Berlin (Ost) 1964, S. 351–362, Zitat S. 355. Nahezu wortgleich: Herferth, Bodenreform, S. 187. Vgl. dazu ausführlich: Klemm, Agrargeschichte, S. 198–205; Siegfried Prokop, Übergang zum Sozialismus in der DDR. Entwicklungslinien und Probleme der Geschichte der DDR in der Endphase der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und beim umfassenden sozialpolitischen Aufbau (1958–1963), Berlin (Ost) 1986, bes. S. 168–225; Isolde Wagner, Die führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (vom Oktober 1957 bis April 1960), Diss. A (Ms.), Humboldt-Universität zu Berlin 1965, S. 136–164.

28 Siegfried Graffunder, Zur Dialektik von Interessen und gesellschaftlicher Aktivität der Bauernschaft in der Endphase der Übergangsperiode der DDR von 1956/57 bis 1960/61. Motivationen, Erscheinungsformen und Grad gesellschaftlicher Aktivität der Einzel- und Genossenschaftsbauern, in: Jahrbuch für Geschichte. Studien zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik (34) 1984, S. 103–152, bes. S. 148f.; Gerhard Grüneberg u.a., Die marxistisch-leninistische Agrarpolitik von der gegenseitigen Bauernhilfe und demokratischen Bodenreform zur Ausarbeitung und Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Landwirtschaft in der DDR, Berlin (Ost) 1965, S. 107–118; Wagner, Die führende Rolle der SED, S. 170–180.

Dieses teleologische Bild der SED-Agrarpolitik als zielgerichtetem, linearem Prozess der landwirtschaftlichen Umgestaltung mittels Bodenreform und Kollektivierung zur Vollendung der »Bauernbefreiung« blieb bis zum Beginn der Achtzigerjahre nahezu undifferenziert gültig. Es war jedoch fast vollständig auf strukturpolitische Veränderungen beschränkt und gab kaum Einblick in die Lebenswirklichkeit der Dorfbewohner. Zwar wurden zahlreiche Spezialfragen, die mit der Kollektivierung in unmittelbarer Verbindung standen, thematisiert, doch vermochten auch diese nicht, den vorgegebenen, eng gesteckten Rahmen zu überschreiten.²⁹ Daher beeindruckt vor allem die Vielfalt der vorliegenden Studien, inhaltlich wie methodisch vermögen sie kaum zu überzeugen. Legitimatorisch angelegt, mangelt es ihnen oftmals nicht nur an einer nachvollziehbaren Quellengrundlage; auch die empirischen Aussagen sind häufig nicht zu verifizieren und scheinen im Rückblick eher dem herrschenden Fortschrittsoptimismus als gesicherten Daten zu entstammen. Thematisch zum überwiegenden Teil auf die Darstellung agrarpolitischer Entscheidungen der SED sowie deren vorgeblich ungebrochener Durchsetzung beschränkt, vermögen es die Forschungsarbeiten aufgrund der genannten Mängel nicht, die hier dargelegten Fragen fundiert zu beantworten.

Einen wesentlichen Beitrag zur Durchsetzung dieses eindimensionalen Geschichtsbildes leisteten jene Publikationen, die von regionalen Gliederungen der SED veröffentlicht wurden. Sie gaben nicht nur die allgemein verbindliche Interpretation der Ereignisse für die zuletzt mehr als zwei Millionen Mitglieder der Partei vor, sondern erreichten vor allem aufgrund ihres oftmals lokalen Bezuges und ihrer hohen Auflage ein breites Leserspektrum.³⁰

Erst mit dem zunehmenden Einfluss sozialgeschichtlicher bzw. volkswissenschaftlicher Untersuchungsansätze und Interpretamente während der Achtzigerjahre³¹ wurden einzelne Aspekte und Folgeerscheinungen der »Verge-

29 Vgl. z.B. Günter Halbauer, Die Rolle und Bedeutung der MTS bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, Berlin (Ost) 1958; Günter Pankratz, Der Weg der MTS, Berlin (Ost) 1960.

30 Eine systematische Untersuchung dieser Publikationen steht noch aus, sie lassen sich jedoch für nahezu jeden Bezirk und zahllose Kreise der DDR nachweisen, so z.B.: Chronik zum Kampf der Bezirksparteiorganisation Schwerin der SED um die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft (1952–1960), hg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Schwerin, Schwerin 1975; Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam 1952–1961/62, hg. von der SED-Bezirksleitung (SED-BL) Potsdam, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Potsdam 1977; Zehn Jahre Kampf und Erfolg. Über den sozialistischen Aufbau im Bezirk Leipzig, hg. von der Abteilung Propaganda und Agitation der Bezirksleitung Leipzig der SED, Leipzig 1959; Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung im Kreis Seelow, Schrift 5: 1949–1952, hg. von der SED-Kreisleitung (SED-KL) Seelow, Seelow 1981. Für den Hinweis auf die Bedeutung derartiger Publikationen danke ich Frau Hannelore Mai, Kreisarchiv Seelow.

31 Vgl. Georg G. Iggers, Einige Bemerkungen zu neueren historischen Studien aus der DDR,

nossenschaftlichung« kritisch hinterfragt, auf Probleme hingewiesen und die Kollektivierung damit als Vollendung des bäuerlichen Kampfes um Selbstbestimmung zumindest ansatzweise in Frage gestellt. Zu solchen Ergebnissen gelangten vor allem Studien, die sich mit der sozialen Entwicklung der Bauern beschäftigten oder die Auswirkungen der Kollektivierung auf dem Wege regionalhistorischer Forschung untersuchten. Der Führungsanspruch der SED wurde dabei jedoch ebenso wenig angezweifelt wie die Notwendigkeit wirtschaftlicher Modernisierung, die neben der Bündnisfrage als grundlegende Triebkraft des Kollektivierungsprozesses angesehen wurde. Dennoch wurde hier erstmals gezeigt, dass die agrarpolitischen Vorgaben keineswegs ungebrochen durchgesetzt wurden, vorhandene Konflikte in den Dörfern zum Teil verstärkten und die Vision des egalisierten, des sozialistischen Dorfes nicht im gewünschten Maß mit der Realität korrespondierte.³²

Die bundesdeutsche Forschung zur Transformation der DDR-Agrarwirtschaft, die quantitativ nie den Umfang ihres ostdeutschen Pendant erreichte und wesentlich vom überlieferten Leitbild einzelnbäuerlicher Betriebe geprägt war, verstand Bodenreform und Kollektivierung zunächst ausschließlich als ideologisch begründete und machtpolitisch motivierte Prozesse, die sich in einer umfassenden »Sowjetisierung« der ländlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen äußerten. Hierbei wurde bis zum Beginn der Siebzigerjahre von einer nahezu ungebrochenen Übernahme des sowjetischen Kolchossystems ausgegangen; die unmittelbare Einflussnahme der Hegemonialmacht rückte daher ebenso in den Mittelpunkt wie die angewandten Zwangsmaßnahmen. Auch in dieser Interpretation wurde die Entwicklung als eine zielgerichtete und lineare begriffen, die jedoch nicht im Interesse der Bauern erfolgte, sondern alleinig auf die Durchsetzung und Absicherung der SED-Diktatur abzielte. Daher wurde in diesem Zusammenhang auch der Verlauf der akuten Herrschaftskrisen primär als linear beschrieben: Unmittelbar aus einer forcierten Transformation resultierend, verschärften diese sich kontinuierlich und fanden in den obrigkeitsstaatlichen Eingriffen am 17. Juni 1953 bzw. am 13. August 1961 ihren Höhepunkt sowie im Wesentlichen ihre Lösung.³³

in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), *Geschichtswissenschaft in der DDR*, Bd. 1: Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik, Berlin (West) 1988, S. 155–175.

32 Vgl. z.B. Dieter Schulz, *Probleme der sozialen und politischen Entwicklung der Bauern und Landarbeiter in der DDR von 1945 bis 1955*, Diss. A (Ms.), Humboldt-Universität zu Berlin 1984; Gudrun Partisch, *Zur Geschichte der Frauenausschüsse in der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft der DDR in den Jahren 1952 bis 1964/65*, Diss. B (Ms.), Pädagogische Hochschule Leipzig 1986; Hans-Jürgen Rach/Bernhard Weissel/Heiner Plaul, *Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde. Studien zum dörflichen Alltag vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang der 60er Jahre*, Berlin (Ost) 1986.

33 Matthias Kramer, *Die Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. Die Entwicklung in den Jahren 1945–1955*, Berlin (West) 1957; Herbert Prieß, *Die satzungsmäßigen Grundlagen der kollektiven Landwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Vergleich mit anderen kommunistischen Ländern*, Hohenheim 1959. Beide

Mit dem Abflauen des Kalten Krieges und der einsetzenden Entspannungspolitik veränderte sich auch die bundesdeutsche Interpretation der DDR-Landwirtschaft deutlich. Zwar verwiesen einzelne Publikationen bis zum Ende der deutsch-deutschen Teilung auf Repression und Zwang im Rahmen des Kollektivierungsprozesses,³⁴ doch vollzog sich ein Paradigmenwechsel, aus dem eine umfassende Diskussion der Vorteile einer großflächig strukturierten Landwirtschaft resultierte. Ökonomische Problemstellungen rückten in den Mittelpunkt; Fragen nach Macht und Herrschaft, ihrer Durchsetzung sowie ihren politischen und sozialen Folgen wurden zunehmend vernachlässigt. Hatte zuvor die deutliche Abgrenzung von der ostdeutschen Agrarentwicklung zentrale Bedeutung, so wurden jetzt deren vermeintliche Vorzüge thematisiert und die Kollektivierung damit zumindest in Teilbereichen positiv bewertet.³⁵

Eine neue Qualität der Interpretation von Landwirtschaft und ländlicher Gesellschaft in der DDR erwuchs unter dem zunehmenden Einfluss sozialhistorischer wie alltagsgeschichtlicher Fragestellungen auch in der Bundesrepublik erst ab dem Beginn der Achtzigerjahre. Bisher nur als Randprobleme wahrgenommene Erscheinungen, wie etwa die Bedeutung der »Blockparteien«, wurden jetzt aufgegriffen und in Bezug auf ihre politische, soziale und ökonomische Bedeutung gewichtet. Dies führte zu deutlichen Erkenntnisgewinnen, erlaubte erstmals fundierte Aussagen über die Auswirkungen von Bodenreform und Kollektivierung auf die ländliche Bevölkerung und trug so wesentlich zu einer differenzierten Sichtweise auf die Transformationsprozesse der Fünfzigerjahre bei. Der Begriff der »Sowjetisierung« als bedingungslose und vollständige Übernahme des russischen Modells wurde damit gerade für die Bodenreform obsolet, nicht jedoch die Auffassung, dass vor

Autoren waren vor ihrer Flucht in die Bundesrepublik mit der Landwirtschaft der DDR assoziiert, Kramer zuletzt als stellvertretender Leiter der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), Priel als Student. Letzterer hatte wegen seiner aktiven Teilnahme an den Ereignissen um den 17. Juni 1953 eine mehrjährige Gefängnisstrafe abgesessen. Darüber hinaus: Franz Buss, Die Struktur und Funktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Marburg 1965; Gerhard Horz, Die Kollektivierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung des sowjetischen Vorbildes. Ziele – Methoden – Wirkungen, Diss. (Ms.), Freie Universität Berlin 1961; Konrad Merkel/Eduard Schuhans, Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland. »Sozialisierung« und Produktionsergebnisse, Bonn 1960.

34 Vgl. z.B. Christian Krebs, Der Weg zur industriemäßigen Organisation der Agrarproduktion in der DDR. Die Agrarpolitik der SED 1945 – 1960, Bonn 1989.

35 Hans Immler, Agrarpolitik in der DDR, Köln 1971; Konrad Merkel/Hans Immler, DDR-Landwirtschaft in der Diskussion, Köln 1972; Horst Lambrecht, Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960, Berlin (West) 1977. Grundlegend zu berücksichtigen ist hier der mangelnde Quellenzugang, der den Blick für Fehlentwicklungen oftmals verstellte.

allem machtpolitische Erwägungen der SED – in Übereinstimmung mit ihrer Schutzmacht – zu den weitreichenden Umgestaltungen geführt hätten.³⁶

Damit standen sich die Interpretationen in beiden Teilen Deutschlands 1989/90 trotz aller Differenzierungen der vorausgegangenen Jahre in ihren Grundzügen noch immer konträr gegenüber: auf der einen Seite die Einschätzung der Kollektivierung als primär ökonomisch bedingtem Prozess, der von der SED im Interesse einer Mehrheit der Landbevölkerung durchgeführt, auf der anderen Seite die Deutung der Entwicklung als machtpolitisches Diktat der Einheitspartei, das unter umfangreicher Anwendung von Zwang und Repression von zentraler Stelle angeordnet und durchgesetzt wurde.

Mit der Öffnung der DDR-Archive ab 1990 bot sich erstmals die Möglichkeit, detaillierten Einblick in die internen Entscheidungsprozesse der SED-Führung und die daraus erwachsenen sozioökonomischen Folgewirkungen zu erlangen. Wiederum waren es die Bodenreform und die Kollektivierung, die zuerst in den Mittelpunkt des Interesses rückten und deren unterschiedliche Interpretationen schnell zu »heftigen Deutungskonflikten«³⁷ führten. Dies resultierte wesentlich aus dem Umstand, dass es sich hierbei keineswegs nur um eine akademische Debatte handelte, sondern lebensgeschichtliche Aspekte ebenso berührt wurden wie eigentumsrechtliche. Vierzig Jahre DDR hatten auf dem Lande deutliche Spuren hinterlassen, und vor allem in der politischen Publizistik schlugen die Wellen in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre daher hoch.³⁸

Die historische Forschung konzentrierte sich zunächst auf den Prozess der strukturellen Herrschaftsdurchsetzung der SED und thematisierte dabei umfänglich jene Zwangsmaßnahmen, denen im Rahmen der agrarstrukturellen Transformation konstitutiver Charakter zugesprochen wurde.³⁹ Diese Sicht-

36 Allg. Überblick in: Weber, *Geschichte der DDR*, S. 213–216; Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Bonn 1991, S. 78–84, 262–269; ders., *Zwei Staaten, eine Nation*, S. 315–319. Zu Detailfragen u.a.: Siegfried Suckut, *Der Konflikt um die Bodenreformpolitik der Ost-CDU 1945. Versuch einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union*, in: *Deutschland Archiv (DA)* 15 (1982), S. 1080–1095; Bernhard Wernet-Tietz, *Bauernverband und Bauernpartei in der DDR. Die VdgB und die DBD 1945–1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozess des Parteiensystems der SBZ/DDR*, Köln 1984.

37 Bauerkämpfer, *Legitimation durch Abgrenzung*, S. 52.

38 Vgl. ebd. *Instruktive Fallstudien* z.B. in: Karl Feldmeyer, *Schwierige Heimkehr. Neusiedler auf altem Boden*, Berlin 1997.

39 Wolfgang Bell, *Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe. Analyse und Dokumentation*. Münster-Hiltrup 1992; Mitter/Wolle, *Untergang auf Raten*, S. 305–318; Adolf Weber, *Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. II/4: *Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung*, hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, S. 2809–2888, bes. S. 2856–2870. Exemplarisch: Rüdiger Knechtel (Hg.), *Stalins DDR. Berichte politisch Verfolgter*, Leipzig 1992, S. 91–93.

weise blieb jedoch nicht unwidersprochen: Zahlreiche Autoren betonten Spontaneität und Freiwilligkeit vor allem im Zusammenhang mit den frühen LPG-Gründungen und räumten diesen zentrale Bedeutung ein.⁴⁰

Mitte der 1990er-Jahre begann diese dichotomische Sichtweise langsam aufzubrechen, gleichzeitig erweiterten sich die berücksichtigten Fragestellungen unübersehbar. Zunächst stand dabei die Bodenreform im Mittelpunkt, die inzwischen als umfassend erforscht gelten darf. Es besteht weitgehende Übereinstimmung, dass es sich hierbei um einen von der sowjetischen Hegemonialmacht ausgelöst und von den deutschen Kommunisten vorangetriebenen Transformationsprozess handelte, der sowohl aus politischen als auch ökonomischen Leitgedanken resultierte, seine wesentlichen Zielstellungen jedoch verfehlte. Die schnelle Integration der sogenannten »Umsiedler« ist in diesem Zusammenhang ebenso zu nennen wie die Intention der KPD/SED, durch die Schaffung von mehr als 200 000 Neubauernstellen ein verlässliches politisches Klientel zu bilden und so ihre Herrschaft auf dem Lande abzusichern. Über die Initiierung der Reform liegen ebenso detaillierte Erkenntnisse vor wie über ihre Durchführung und die politischen, sozialen und ökonomischen Folgen. Einvernehmen herrscht im Wesentlichen auch darüber, dass die Reform trotz aller ideologischen Vorprägung ihrer Protagonisten noch nicht unmittelbar auf eine Kollektivierung abzielte; in welchem Verhältnis beide Vorgänge jedoch zueinander stehen, bleibt nach wie vor umstritten.⁴¹

Auch die Jahre zwischen Bodenreform und beginnender »Vergenossenschaftlichung« haben inzwischen Aufmerksamkeit gefunden, sind bisher jedoch weit weniger intensiv untersucht worden. Innerhalb dieses Zeitabschnittes erfolgten weitreichende Modifizierungen der ländlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, so die Zerschlagung überlieferter Organisationsformen und die Verdrängung traditionaler Führungsschichten des Dorfes.⁴² Die SED-Führung wird dabei trotz ihrer Abhängigkeit von der Besatzungsmacht als letztgültige agrarpolitische Entscheidungsinstanz allge-

40 Siegfried Kuntsche, Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft, in: Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. I, Bonn/Berlin 1993, S. 191–210; Christel Nehrigh, Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – Die DBD, in: Materialien der Enquete-Kommission, S. 2375–2398, bes. S. 2387–2389; Joachim Piskol, Zum Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft der DDR im Sommer 1952, in: BzG 37 (1995), S. 19–26.

41 Vgl. einführend die thematisch vielfältigen Beiträge in: Bauerkämper, »Junkerland in Bauernhand«; Damian van Melis (Hg.), Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945–1952, Schwerin 1999. Zu den »Umsiedlern«: Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993.

42 Grundlegend zu dieser Periode: Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft, S. 123–159, 427–436; Kluge/Halder/Schlenker, Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Exemplarisch: Jens Schöne, Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945–1950/51, Stuttgart 2000, bes. S. 50–82.

mein anerkannt, unklar ist jedoch, wie weit ihr Einfluss innerhalb der ländlichen Gesellschaft und damit ihre Gestaltungsmöglichkeiten jenseits von Repressionen tatsächlich reichten. Dieser Fragestellung kommt grundlegende Bedeutung zu, da sich aus ihrer Beantwortung tiefgreifende Implikationen für den Beginn der Kollektivierung ergeben: Begann diese trotz oder wegen der mangelnden Verankerung der Monopolpartei im ländlichen Raum? Weiterhin ist umstritten, ob der »verschärfte Klassenkampf«, den die SED-Führung ab 1948 inszenierte, als intentionale Vorstufe der Kollektivierung zu werten ist, diese lediglich strukturell vorwegnahm oder aber als in sich geschlossener, von den LPG-Gründungen unabhängiger Prozess angesehen werden muss.⁴³

Die Kollektivierung ist neben der Bodenreform ohne Zweifel derjenige Zeitraum, dem die historische Forschung auch nach 1989/90 die größte Aufmerksamkeit gewidmet hat. Erste fundierte Ergebnisse dieser Bemühungen liegen inzwischen vor, sowohl im Rahmen von Gesamtdarstellungen ausgewählter Zeitabschnitte oder Regionen als auch in Hinblick auf zahlreiche Detailfragen.⁴⁴ Der Umfang des sowjetischen Einflusses auf die SED-Agrarpolitik ist dabei ebenso untersucht worden wie deren ökonomische Determinanten oder durch sie ausgelöste Verhaltensweisen der ländlichen Bevölkerung. Insgesamt herrscht weitgehende Übereinstimmung, dass die »Vergenossenschaftlichung« als Prozess eines rigorosen ökonomischen wie sozialen Wandels keineswegs eine von Moskau forcierte »Sowjetisierung« manifestierte, sondern primär von der SED-Führung vorangetrieben wurde.

Sozial- bzw. regionalhistorisch motivierte Studien haben darüber hinaus in Übereinstimmung mit bereits zuvor gewonnenen Erkenntnissen gezeigt, dass sich die agrarpolitischen Zielsetzungen nicht ungebrochen verwirklichen ließen, sondern im Verlauf ihrer Umsetzung komplexe Modifikationen durchliefen, die zu einer weitreichenden Diskrepanz zwischen der offiziellen

43 Unterschiedliche Interpretationen dazu in: Falco Werkentin, »Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht«: Widerstand im ländlichen Milieu der SBZ/DDR, in: Henke/Steinbach/Tuchel, Widerstand und Opposition in der DDR, S. 137–148; Jonathan Osmond, Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung, 1945–1961, in: Bessel/Jessen, Die Grenzen der Diktatur, S. 137–169; Nehrig, Landwirtschaftspolitik.

44 Hier vor allem: Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft; Antonia Maria Humm, Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1952–1969, Göttingen 1999; Barbara Schier, Alltagsleben im »sozialistischen Dorf«. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945–1990, Münster 2001. Inhaltlich wie methodisch unzureichend hingegen: Diethelm Gabler, Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR, Berlin 1995; Olaf Zinke, Die Transformation der DDR-Agrarverfassung in der Zeit von 1945 bis 1960/61. Die agrarpolitische Konzeption der SED sowie die ordnungspolitisch-institutionellen und sozialökonomischen Auswirkungen der SED-Agrarpolitik, Berlin 1999. Vgl. allg. Rita Gudermann, Neuere Forschungen zur Agrargeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS) 41 (2001), S. 432–449.

Propaganda und den tatsächlichen Gegebenheiten in den Dörfern führten. So blieb auch die mit der Kollektivierung angestrebte Homogenisierung der ländlichen Gesellschaft zunächst aus, der selbst induzierte Problemdruck verstärkte gar die vorhandenen Konfliktlinien.⁴⁵

Zahlreiche Einzelstudien, deren Fokus zunächst auf andere Themenbereiche ausgerichtet ist, haben wesentlich dazu beigetragen, einzelne Hintergründe der Kollektivierungsentscheidungen, ihrer Durchsetzung sowie ihrer Folgen genauer als bisher zu konturieren. Zu nennen sind hier vor allem rechts- und wirtschaftshistorische Arbeiten, aber auch parteien- und organisationsgeschichtliche Studien.⁴⁶

Trotz des weitreichenden Erkenntnisgewinns, der seit Öffnung der relevanten Archive erzielt werden konnte, müssen sowohl die Agrarwirtschaft als auch die ländliche Gesellschaft der DDR noch immer als »ein vergleichsweise gering erschlossenes Forschungsfeld« gelten, dessen »verlässliches Sachfundament« zu enge Grenzen aufweist. Neben der bis 1990 stark eingeschränkten Quellenlage sind die Gründe hierfür im traditionell geringen Interesse der Historiographie am ländlichen Raum ebenso zu suchen wie

45 Zur Frage der »Sowjetisierung«: Elke Scherstjanoi, Die DDR im Frühjahr 1952. Sozialismuslosung und Kollektivierungsbeschluss in sowjetischer Perspektive, in: DA 27 (1994), S. 354–363; dies., Sowjetische Reaktionen auf die Zweite Parteikonferenz der SED 1952 (mit Dokumentation), in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (JBzG) 2002/II, S. 23–34. Zu ökonomischen Rahmenbedingungen und Folgen der Kollektivierung einführend: Ulrich Kluge, Kriegsfolgeschäden in der ostdeutschen Landwirtschaft (1944–1952), in: Stefan Weinfurter/Frank Martin Siefarth (Hg.), Geschichte als Argument. 41. Deutscher Historikertag in München, 17.–20. September 1996. Berichtsbänd, München 1997, S. 242f.; ders., Agrarstruktureller Wandel und Kollektivierung in Ostdeutschland. Zum Problem der wirtschaftlichen »Sowjetisierung« 1945–1954, in: Wolfram Fischer/Uwe Müller/Frank Zschaler (Hg.), Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Fs. Lothar Baar, St. Katharinen 1997, S. 250–268; Patrice G. Poutrus, Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR, Köln 2002, bes. S. 32–42. Zum Verhalten der Landbevölkerung: Bauerkämpfer, Ländliche Gesellschaft, S. 436–491; Werkentin, »Unser Land habt ihr ...«; Dagmar Langenhan, »Halte dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!« Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der Sechzigerjahre), in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 119–165; exemplarisch: Schier, Alltagsleben, S. 116–144.

46 Mit rechtshistorischer Schwerpunktsetzung: Marcus Mollnau, Die Bodenrechtswicklung in der SBZ/DDR anhand der Akten des Zentralen Parteiarchivs der SED, Berlin 2001; Hermann Wentker, Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen, München 2001; Werkentin, Politische Strafjustiz. Mit wirtschaftshistorischem Schwerpunkt u.a.: Burghard Ciesla, Zwischen den Krisen. Sozialer Wandel, ökonomische Rahmenbedingungen und Lebenslage in der DDR 1953–1956, in: Jan Foitzik (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni 1953 bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische und nationale Dimensionen, Paderborn 2001, S. 271–291; André Steiner, Vom Überholen eingeholt. Zur Wirtschaftskrise 1960/61 in der DDR, in: Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.), Die Berliner Krisen 1948:1958, Berlin 1999, S. 245–262. Organisationsgeschichtlich zuletzt: Theresia Bauer, Blockpartei und Agrarrevolution von oben. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963, München 2003.

in der einseitigen Konzentration der Sozialgeschichte auf den Prozess der Industrialisierung und damit unmittelbar verbundene Problemstellungen.⁴⁷

Vor allem die Begrenztheit des verlässlichen Sachfundamentes findet bis heute unmittelbaren Niederschlag in den Forschungen zur Gründung der LPG, ihrer versuchten Etablierung und sich daraus ergebende Folgewirkungen. Obwohl der Genese der Produktionsgenossenschaften seit den Tagen ihrer Entstehung viel Aufmerksamkeit zuteil geworden ist und sie daher oftmals als strukturgeschichtlich hinreichend erforscht angesehen wird, beruhen zahlreiche Schlussfolgerungen in diesem Themenfeld letztlich auf einer mangelhaften empirischen Basis. Die einseitige Konzentration der Historiographie auf Entscheidungen zentraler Gliederungen in Partei und Staat, die Reduzierung der Umsetzung derselben auf die direkt nachgeordnete Ebene sowie der bisher geübte Verzicht auf eine (möglichst) systematische Auswertung der Bestände der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) haben hier zu Fehlinterpretationen geführt, die einer Revision bedürfen. Weder die Gründung der ersten LPG im Frühsommer 1952 noch der Abschluss der Kollektivierung im »sozialistischen Frühling« des Jahres 1960 lässt sich ohne eine solche Revision hinreichend erklären. Eine Ausweitung der empirischen Basis ist daher – neben der umfassenden Berücksichtigung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – dringend angeraten.

Quellengrundlage

Analysiert man die nach 1989/90 publizierten Untersuchungen zur Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft in Bezug auf ihre Quellengrundlage, so lassen sich zwei klar voneinander zu trennende Vorgehensweisen feststellen. Regional- und alltagshistorisch motivierte Studien konzentrieren sich in aller Regel auf lokale bzw. regionale Archive, historiographische Gesamtdarstellungen hingegen auf Archive der zentralen und direkt nachgeordneten Ebene. Die Gründe dafür sind vor allem arbeitsökonomischer Natur, doch spiegeln sich hier auch die Traditionen, Konzeptionen und das Selbstverständnis der jeweiligen methodischen Ansätze wider.⁴⁸

47 Zitate (in dieser Reihenfolge) in: Poutrus, Die Erfindung des Goldbroilers, S. 19; Kluge/Halder/Schlenker, Zwischen Bodenreform und Kollektivierung, S. 11. Allg. zur Bedeutung und Entwicklung der Agrargeschichte: Werner Rösener, Einführung in die Agrargeschichte, Darmstadt 1997, bes. S. 9–17; zum 20. Jahrhundert: ders., Die Bauern in der europäischen Geschichte, München 1993, S. 242–265. Spürbar gewachsenes Interesse an der Geschichte des ländlichen Raumes z.B. in: Ritter, Die DDR in der deutschen Geschichte, S. 190–192.

48 Vgl. Winfried Schulze (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994 (vor allem die Beiträge von Wolfgang Hardtwig, Jürgen Kocka und Hans Medick).

Da unter anderem aus dieser nahezu dichotomischen Trennung der berücksichtigten Archivbestände⁴⁹ die bereits angeführten Defizite der Forschung resultieren, werden im Folgenden erstmals relevante Aktenbestände aller administrativen Ebenen der herrschenden Monopolpartei sowie der staatlichen Verwaltung Beachtung finden, um so die Durchsetzung der Kollektivierung und ihre damit einhergehende Modifizierung auf jeder Stufe des zunehmend zentralistisch organisierten Parteien- und Verwaltungsapparates der DDR rekonstruieren zu können. Zu diesem Zweck sind unterhalb der Zentralebene zwei regionale Fallbeispiele ausgewählt worden, die sich in Hinblick auf ihre agrarökonomische Struktur ebenso signifikant unterscheiden wie auf ihre Rolle innerhalb des Kollektivierungsprozesses und denen als handlungsleitende Präzedenzfälle ohne Zweifel paradigmatische Bedeutung zukommt: die Bezirke Frankfurt/Oder und Leipzig sowie die ihnen nachgeordneten Kreise Seelow und Eilenburg. Neben den Beständen des Bundesarchivs und der dort angegliederten Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR sind daher die relevanten Überlieferungen im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam und im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig sowie in den Kreisarchiven Seelow und Eilenburg, die auch die Akten der dortigen Gemeindeverwaltungen verwahren, systematisch ausgewertet worden. Aufgrund der mannigfaltigen Sonderstellung Berlins sind ergänzend im dortigen Landesarchiv zeitgenössische Unterlagen eingesehen worden, jedoch nur unsystematisch und auf spezielle Einzelfragen bezogen.⁵⁰

Einen Sonderfall stellen die Überlieferungen im Archiv der BStU dar. Bisher ist das diffizile Verhältnis zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit und der Kollektivierung der Landwirtschaft noch nicht untersucht worden – was hauptsächlich darin begründet liegt, dass ein systematischer Zugang zu den relevanten Quellen nicht möglich ist. Lange Wartezeiten,

49 Diese Trennung ist wiederholt unterlaufen, m.E. jedoch nie konsequent durchbrochen worden. So berücksichtigt: Humm, Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf, in ihrer regionalhistorischen Studie zwar Archivalien der zentralen Verwaltungsorgane, blendet die zugeordneten Gremien der SED jedoch aus. Bauernkämpfer, Ländliche Gesellschaft, hingegen nutzt in seiner sozialgeschichtlichen Gesamtdarstellung von Bodenreform und Kollektivierung im Land Brandenburg gar Zeitzeugeninterviews, berücksichtigt jedoch nicht die Verwaltungsorgane in den Kreisen, die für die Durchsetzung der weitreichenden Zielstellungen letztlich verantwortlich waren. Dies verdeutlicht das zugrunde liegende Dilemma: Entweder bleiben die archivischen Überlieferungen zu den zentralen Vorgaben oder zu deren administrativen Umsetzung in den Dörfern unberücksichtigt, woraus u.a. die angesprochenen Fehlinterpretationen resultieren. Vgl. allg. Hermann Weber, »Asymmetrie« bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage der Wochenzeitung »Das Parlament« (APZ), B 26/97, 20. Juni 1999, S. 32–34.

50 Zur DDR-Archivlandschaft und ihren Beständen vgl. die entsprechenden Einträge in: Ulrich Mählert (Hg.), Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, Berlin 2002. Zu den eingesehenen Beständen vgl. das Quellenverzeichnis im Anhang.

eine unübersichtliche Struktur des Archivs sowie der verwaltenden Behörde, fehlende archivische Findhilfsmittel und Informationsverluste durch umfangreiche Schwärzungen gestalten die Arbeit mit den Unterlagen extrem schwierig.⁵¹

Da es hier jedoch eine Forschungslücke zu schließen gilt, kommt auch diesen Quellen im Folgenden zentrale Bedeutung zu. Dazu wurden, so systematisch wie unter den gegebenen Umständen möglich, Akten des Zentralarchivs sowie zahlreicher Außenstellen, darunter auch die früheren Bezirksverwaltungen Frankfurt/Oder und Leipzig, in breitem Umfang eingesehen. Die Kreisdienststellen Seelow und Eilenburg sind bisher nicht erschlossen und ein Zugriff auf die dortigen Unterlagen daher gegenwärtig nicht möglich. Das bleibt späteren Untersuchungen vorbehalten.

Insgesamt weisen die Quellenbestände für die zu analysierenden Zeiträume signifikante Unterschiede auf. Dies trifft auf alle Archive zu, vor allem jedoch auf die Unterlagen der Kreise und der BStU. Bedingt durch die territoriale Neustrukturierung des Jahres 1952, in deren Rahmen die Zahl der ursprünglich 121 Landkreise der DDR auf 194 erhöht wurde, sowie den erst zwei Jahre währenden Aufbau des Ministeriums für Staatssicherheit, sind die Überlieferungen beider Bestände für den Zeitraum 1952/53 im Vergleich zu den Jahren 1959/60 von weit geringerem Umfang, inhaltlich jedoch noch immer so dicht, dass auf ihrer Grundlage nicht nur die relevanten Prozesse nachvollzogen, sondern auch empirisch gesicherte Forschungsergebnisse erzielt werden können. Im Umkehrschluss – und dies trifft auf die Bestände aller Archive zu – bedeutet die quantitative Zunahme der Unterlagen nicht notwendigerweise auch eine qualitative Verbesserung, da Mehrfachüberlieferungen ebenso zunehmen wie inhaltsleere, dem jeweiligen Kurs der SED-Führung entsprechende Sprachhülsen.⁵²

Ergänzt werden die archivischen durch editierte Quellen, die in breitem Umfang vorliegen. Neben zeitgenössischen Publikationen zur Landwirtschaft der DDR, die umfassende Berücksichtigung finden, zählen dazu vor allem Dokumente, die die Entscheidungsprozesse der SED-Führung verdeutlichen. Die bereits in der DDR veröffentlichten Überlieferungen ermög-

51 Siehe zu dieser Problematik den Offenen Brief des Bürgerkomitees Leipzig e.V. vom 9.9.2002 an die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, in: DA 35 (2002), S. 1093–1095. Allerdings mehrten sich in jüngster Zeit die Bemühungen, den Zugang zu den Quellen zu erleichtern. Vgl. Marianne Birthler, Der Zugang zu den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR für Forschung und Medien, in: DA 36 (2003), S.376–379.

52 Zu den Folgen der Kreisreform: Henning Mielke, Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR 1945–1952. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischem Einheitsstaat nach sowjetischen Modell 1945–1952, Stuttgart 1995, S. 99–105; einführend zu den MfS-Akten sowie den oben angeführten Problemen: Roger Engelmann, Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: ders./Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 23–39.

lichen es zunächst nur, die grundsätzlichen Entscheidungen zu benennen, ohne dabei deren Hintergründe erkennen zu können. Dies erlauben inzwischen jedoch zahlreiche Publikationen, die programmatische Weichenstellungen ebenso thematisieren wie deren Durchsetzung und daraus resultierende Folgen. Auch erste Quellensammlungen zur Transformation der DDR-Landwirtschaft liegen vor, können inhaltlich oder editorisch jedoch kaum überzeugen.⁵³

Konzeptionelle Überlegungen und Methode

Trotz der breiten Aufmerksamkeit, die der Kollektivierung seit ihrem Beginn zuteil geworden ist, kann der diesbezügliche Forschungsstand nicht befriedigen. Insbesondere die Einordnung der agrarstrukturellen Transformation in größere Sachzusammenhänge ist dringend vonnöten und daher wiederholt eingefordert worden.⁵⁴ Dies erscheint um so notwendiger, als eine enge Verknüpfung der Kollektivierung mit den akuten Krisen der SED-Herrschaft, welche die Gesellschaft als Ganzes erfassten, nicht zu übersehen ist. Heuristisch kommt damit eben jenen Krisen als strukturierende Kategorie der Kollektivierungspolitik eine herausragende Bedeutung zu. Im Umkehrschluss wird es erst eine systematische, aufeinander bezogene Strukturanalyse beider Phänomene ermöglichen, fundierte Aussagen über den Beitrag der forcierten LPG-Gründungen zum drohenden Scheitern der SED-Diktatur zu treffen. Da im Mittelpunkt der vorliegenden Studie die Kollektivierung und ihre weitreichenden Folgen stehen, finden die Krisen als analytisches Hilfsmittel im Folgenden vor allem insofern Berücksichtigung, als sie Einfluss auf diesen Prozess ausübten. Eine erschöpfende, jede Facette erfassende Darstellung ihrer Genese, ihrer Spezifika sowie ihrer Auswirkungen erscheint hier wenig hilfreich und bleibt entsprechenden Untersuchungen vorbehalten.

Zwei Mal befand sich die SED-Führung im Verlauf der Kollektivierung am Rande eines fundamentalen Scheiterns: 1953 und 1960/61; beide Daten kennzeichnen damit die tiefgreifendsten Herrschaftskrisen in der DDR bis zu ihrem Untergang 1989/90. Ursache dafür waren vor allem systemimmanente Konflikte, die aus einer wachsenden Kluft zwischen dem Gestaltungsanspruch der Monopolpartei und einer zunehmenden Ablehnung der damit verbundenen Ziele in weiten Teilen der Bevölkerung resultierten. Stand das Jahr 1953 hierbei für den ersten Höhepunkt dieses Konfliktes, so fand er

53 So etwa: Volker Beuthin/Thomas Brockmeier/Holger Klose (Hg.), Materialien zum Genossenschaftsgesetz, Bd. 5: Genossenschaftsrecht der SBZ und DDR (1945–1990). SMAD-Befehle, Gesetze, Verordnungen und Musterstatuten, Göttingen 1997; vgl. zu weiteren Titeln das Quellenverzeichnis im Anhang.

54 Vgl. Scherstjanoi, Die DDR im Frühjahr 1952, S. 361.

1961 im Wesentlichen seinen Abschluss, ohne jedoch wirklich gelöst worden zu sein. In beiden Fällen vermochten es nur kurzfristig anberaumte obrigkeitsstaatliche Eingriffe, die trotz aller Unterschiede zuvorderst auf der Anwendung von Gewalt beruhten, die Herrschaft der Monopolpartei zu sichern.⁵⁵

Versuch einer Krisenlösung mittels Repression – so ließe sich die Niederschlagung des Juniaufstandes von 1953 und der Bau der Berliner Mauer im August 1961 aus diesem Blickwinkel interpretieren. Um jedoch ermessen zu können, woraus diese Strategie resultierte, ob sie alternativlos war und inwiefern sie von der Kollektivierungspolitik beeinflusst wurde (sowie ihrerseits auf dieses Politikfeld rückwirkte), soll hier zunächst allgemein nach den Determinanten eines Krisenzustandes sowie nach seinen Lösungsmöglichkeiten und denkbaren Folgen gefragt werden.

Eine Krise entspricht in ihrer allgemeinsten Definition einer »Situation, in der das bisherige Verhalten irgendwelcher wichtiger Akteure unter Zeitdruck geändert werden muss, wenn nicht ein ganz großer Wertverlust oder eine schwere Schädigung des Systems eintreten soll«. Ursprünglich aus dem Bereich der Medizin entlehnt, ist der Begriff jedoch keineswegs – wie etwa in seinem umgangssprachlichen Gebrauch – ausnahmslos negativ konnotiert, sondern bezeichnet eine Entscheidungssituation mit einer »extremen Ambivalenz der Entwicklungsmöglichkeiten«, deren Ausgang vorerst unbestimmt ist und im Wesentlichen vom Handeln der zentralen Akteure abhängt. Dabei ist insbesondere die jeweilige Perzeption der Entscheidungsmomente von besonderer Bedeutung, denn erst die Wahrnehmung und Thematisierung krisenhafter Zustände führt zu einem solchen Handeln, löst damit einen offenen Konflikt aus und treibt zunehmend auf eine Entscheidung zwischen den beteiligten Interessengruppen zu, wie sich dies nahezu idealtypisch an der Entwicklung in der DDR zwischen der Verkündung des »Neuen Kurses« ab dem 10. Juni und dem Ausbruch des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 darstellt.⁵⁶

55 Hermann Weber, *Die DDR 1945–1990*, München 2000, S. 41–43, 55–59.

56 Allg. Reinhart Koselleck, Stichwort »Krise«, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 617–650. Begriffsgeschichtlich: ders., *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, Frankfurt/M. 1973. Zitate (in dieser Reihenfolge) in: Karl W. Deutsch, *Zum Verständnis von Krisen und politischen Revolutionen. Einige Bemerkungen aus kybernetischer Sicht* (Tonbandtranskript), in: Martin Jänicke (Hg.), *Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung*, Opladen 1973, S. 90–100, hier S. 93; Martin Jänicke, *Krisenbegriff und Krisenforschung*, in: ders., *Herrschaft und Krise*, S. 10–25, hier S. 13. Mit Bezug auf die Landwirtschaft der DDR: Elke Scherstjanoi/Ralph Sowart, *Vergleichende Betrachtungen zu Krisenverlauf, Krisenwahrnehmung und Krisenmanagement 1952/53 und 1960/61*, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hg.), *Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre*, München 2003, S. 265–283.

Das Erkennen einer Krise erzwingt jedoch nicht notwendigerweise ihre Lösung oder auch nur einen zielgerichteten Versuch dazu. Erst dann, wenn das zu betrachtende System aus einer strukturellen in eine akute Krise übergeht, wird eine Entscheidung unausweichlich; der nahezu unmodifizierte Fortbestand, die umfassende Reform oder die Zerstörung des System werden zu den einzig verbleibenden Alternativen. *Strukturell* bleibt die Krise dabei so lange, wie die akkumulierten Dysfunktionen nichtdominanter sozialer Subsysteme durch weitreichende, jedoch längerfristig durchhaltbare Anstrengungen des Krisenmanagements mittels Reform oder Repression eindämmbar sind. Scheitern diese Versuche, so verschärft sich die Krise, wird *akut*, stellt damit das Bestehen des Gesamtsystems in Frage und erzwingt derart eine Entscheidung zwischen den systembedrohenden und den systemstabilisierenden Akteuren. Die Fähigkeit des Systems, den sich daraus ergebenden Umweltanforderungen zu begegnen, auf diese zu reagieren und so den Selbsterhalt weitmöglichst zu sichern, ist für den Ausgang dieser Entscheidung ebenso bedeutsam wie die Befähigung der durch die Krisenintensivierung mobilisierten Dissidenten, Ressourcen zu mobilisieren, sie gegen die Herrschaftsstruktur als Ganzes zu richten und dabei Akzeleratoren – Auslösungs- und Radikalisierungsfaktoren, die das Systembedrohungspotential wesentlich bestimmen – zielgerichtet zu instrumentalisieren. Besondere Bedeutung kommt hierbei akteursbezogen den Eliten zu, denn eine »Triebabfuhr von unorganisierten (bzw. von eben nur sporadisch oder rudimentär organisierten) Massen«⁵⁷ verspricht im Allgemeinen wenig Erfolg, solange diese nicht mit einem Elitendissens einhergeht, aus dem ebenfalls Bemühungen zu einer Systemtransformation resultieren.⁵⁸

All dies geschieht, im Sinne der oben angeführten Definition, unter Zeitdruck und verhindert damit auch eine detaillierte Ursachenanalyse, denn zunächst steht allein die Krisenlösung im Mittelpunkt der Bemühungen aller Akteure. Bleiben eine Analyse der Ursachen und daraus folgende Modifikationen des Systems jedoch auch nach Beendigung der akuten Krise aus, so sind Nachfolge- und Ausweichkrisen nahezu unvermeidlich, die sich in ihrer ausgeprägtesten Form zu zyklischen Krisen mit regelmäßig wiederkehrenden Systemproblemen ausweiten können. Insbesondere ein System, das wesentlich auf einer Entdifferenzierung der Subsysteme beruht, erweist sich hier als besonders anfällig, da jede Krise eines Subsystems potenziell die Ge-

57 Walter L. Bühl, *Krisentheorien. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang*, Darmstadt 1988, S. 14.

58 Vgl. Ted Robert Gurr, *Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg*, Düsseldorf 1972, bes. S. 329–379; Knuth Dohse, *Das politische System in der Krise. Modell einer revolutionären Situation*, in: Martin Jänicke (Hg.), *Politische Systemkrisen*, Köln 1973, S. 112–137; Detlef Pollack, *Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR*, Opladen 2000, bes. S. 40–49; Volker Rittberger, *Politische Krisen und Entwicklungsprobleme. Ein Projektbericht und weiterführende Überlegungen*, in: Jänicke, *Herrschaft und Krise*, S. 26–38, bes. S. 26f.

fahr in sich birgt, sich zur Krise des Gesamtsystems auszuweiten. Die auch für die DDR typische, »ununterbrochene Anstrengung«, das System »monopolistisch von einem Zentrum aus zu motivieren und zu kontrollieren«⁵⁹, steht differenzierten Bemühungen eines Krisenmanagements, unabhängig davon, ob dieses antizipatorisch oder reaktiv ausgerichtet ist, diametral gegenüber und verhindert so die systematische Implementierung von allgemein akzeptierten Konfliktlösungsstrategien und letztlich eine nachhaltige Reformierung (und damit Legitimierung) des Systems mittels kumulativer Strukturwandlungen im Interesse des Selbsterhaltes. Als Alternative bleiben idealtypisch somit lediglich die Krisenlösung durch Repression oder manipulative Pseudoänderungen, die die zugrunde liegenden Konflikte jedoch nicht entschärfen, sondern sie lediglich vertagen.⁶⁰

Bezieht man diese Vorüberlegungen auf das »System« DDR sowie das hier zu behandelnde Thema, so eröffnen sich weitreichende Erkenntnismöglichkeiten. Insbesondere die Konzentration auf die beiden entscheidenden Kollektivierungsabschnitte sowie die zeitnahen Krisen wird fundierte Antworten auf die Fragestellung ermöglichen, ob es sich bei der »Vergenossenschaftlichung« der DDR-Landwirtschaft primär um einen politisch-ideologisch motivierten Paradigmenwechsel oder aber um eine kurzfristige Reaktion der SED-Führung auf selbst verschuldete, jedoch nicht intendierte Problemlagen gehandelt hat.⁶¹

Dabei kommt vor allem der Verknüpfung von Agrarpolitik und akuten Krisen sowie der Krisendynamik besondere Bedeutung zu, deren übergreifende Analyse Ursachen und Wirkungen der Kollektivierung genauer bestimmen, die Rolle der zentralen Akteure eingehender evaluieren und Spezifika des jeweiligen Krisenmanagements deutlicher herausarbeiten wird, als dies bisher der Fall ist. Jeder der beiden Kollektivierungsabschnitte wird dazu systematisch zu untersuchen sein in Bezug auf Art und Umfang der zeitnahen Krise, ihren Umschlag vom strukturellen in den akuten Zustand, ihren weiteren Verlauf, das Vorhandensein und Wirken von Akzeleratoren sowie die Rolle und Bedeutung der wichtigsten systembedrohenden wie systemstabilisierenden Akteure. Hierbei werden auch die Funktionseliten Berücksichtigung finden, da sie für die praktische Umsetzung der auf zentraler Ebene vollzogenen agrarpolitischen Kurswechsel verantwortlich

59 Peter Graf Kielmansegg, *Krise der Totalitarismustheorie?*, in: Manfred Funke (Hg.), *Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen*, Düsseldorf 1978, S. 61–79, hier S. 78f.

60 Vgl. Chalmers Johnson, *Bedingungen der Revolution*, in: Jänicke, *Politische Systemkrisen*, S. 72–97; Bühl, *Krisentheorien*, S. 14, 192–199; Jänicke, *Krisenbegriff und Krisenforschung*, S. 21.

61 Unterschiedliche Interpretationen dazu in: Kielmansegg, *Nach der Katastrophe*, S. 597; Kluge/Halder/Schlenker, *Zwischen Bodenreform und Kollektivierung*, S. 284–287; Nehrig, *Landwirtschaftspolitik*, S. 297–300.

zeichneten und ihnen in diesen Phasen beschleunigter Transformation somit unerlässliche Funktionen zukamen.⁶²

Neben den Krisen wird im Folgenden – immer bezogen auf die Kollektivierung – auch dem Krisenmanagement umfassende Aufmerksamkeit zu widmen sein. Von besonderem Interesse ist dabei, wodurch dieses jeweils ausgelöst wurde, inwiefern die SED als Initiator und Träger der Transformationsprozesse tatsächlich in der Lage war, den daraus resultierenden Herausforderungen zu begegnen, welche Mittel und Methoden der Systemstabilisierung entwickelt wurden und welche Modifikationen des Gesamtsystems daraus resultierten. Darüber hinaus wird zu fragen sein, in welchem Umfang die Ergebnisse des Krisenmanagements den Erwartungen der SED-Führung entsprachen, in welchem Maße sie von den ursprünglichen Intentionen abwichen und ob aus ihnen Folge- oder Ausweichkrisen resultierten.

Auf diesem Wege wird die analytische Verknüpfung von Kollektivierung und Krise einen umfassenden Erkenntnisgewinn für beide Kollektivierungsschübe erbringen – sowohl in Hinblick auf ihre Genese als auch auf ihre wichtigsten Determinanten und Folgen. Um die gewonnenen Erkenntnisse weiter zu vertiefen, sollen beide Abschnitte in einem zweiten Schritt einem diachronen Vergleich unterzogen werden. Dieser zielt zunächst darauf ab, Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Vergleichsfälle systematisch zu erfassen und so, auf die erzielten Befunde aufbauend und sie vertiefend, »zu ihrer möglichst zuverlässigen Beschreibung und Erklärung wie zu weiterreichenden Aussagen über Handlungen, Erfahrungen, Prozesse und Strukturen zu gelangen«⁶³.

Damit erweitert sich der mögliche Erkenntnisgewinn abermals. Denn obwohl »die vergleichende Analyse kein Ersatz für die detaillierte Untersuchung einzelner Fälle sein kann«⁶⁴, hier jedoch mit einer solchen verknüpft wird, eröffnet sie neue Perspektiven, die eine chronologische Betrachtung allein nicht zu erschließen vermag. Erst die systematische Berücksichtigung

62 Vgl. Arnd Bauerkämper, Loyale »Kader«? Neue Eliten und die SED-Gesellschaftspolitik auf dem Lande von 1945 bis zu den frühen 1960er-Jahren, in: AfS 39 (1999), S. 265–298; Helga A. Welsh, Die kommunistischen Eliten als Gegenstand der Forschung. Ein Rück- und Ausblick, in: Arnd Bauerkämper u.a. (Hg.), Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR, Berlin 1997, S. 131–150.

63 Heinz-Gerhard Haupt/Jürgen Kocka, Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: dies. (Hg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/M. 1996, S. 9. Einführend zum Vergleich: Marc Bloch, Für eine vergleichende Geschichtsbetrachtung der europäischen Gesellschaften, in: Matthias Middell/Steffen Sammler (Hg.), Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der *Annales* in ihren Texten 1929–1992, Leipzig 1994, S. 121–167; Theodor Schieder, Möglichkeiten und Grenzen vergleichender Methoden in der Geschichtswissenschaft, in: ders., Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung, München 1968, S. 195–237; Charles Tilly, Big structures, large processes, huge comparisons, New York 1984.

64 Barrington Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt/M. 1974, S. 12.

wichtiger Teilaspekte der »Vergenossenschaftlichung« der DDR-Landwirtschaft sowie ihre komparative Gewichtung schärfen durch die Kontrastierung beider Fälle den Blick für die jeweiligen Eigentümlichkeiten, werfen zugleich aber die Frage nach dem Verbindenden, nach den Konstanten der Kollektivierungspolitik und ihren Folgen auf. Strukturelle wie funktionale Äquivalente beider Transformationsschübe sollen daher ebenso erfasst werden wie offensichtliche Brüche und wahrnehmbare Modifikationen. Da die in diesem Zusammenhang zu berücksichtigenden Vergleichsfelder wesentlich aus den in den Kapiteln 2 und 3 gewonnenen Erkenntnissen resultieren und daher an gegebener Stelle herausgearbeitet werden sollen, sei hier lediglich exemplarisch auf Möglichkeiten und Grenzen sowie auf erkenntnisleitende Fragestellungen des durchzuführenden Vergleichs verwiesen.⁶⁵

Auf den ersten Blick weisen beide Kollektivierungsschübe vielfältige Übereinstimmungen auf. Intentional zielten sie auf die Umwandlung der einzelbäuerlichen Produktion in eine zentral gelenkte Großflächenwirtschaft, um so in jeglicher Hinsicht jene »Störungen, die eine sich entwickelnde kapitalistische Landwirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft mit sich brächte«⁶⁶, auszuschalten. Die enge Einbindung des agrarischen Sektors in die Planökonomie bildete daher ein wichtiges Leitmotiv für die »sozialistische Umgestaltung« auf dem Lande; der Vergleich wird jedoch zeigen, dass die Motive für die Initiierung der entscheidenden Kollektivierungsschübe in breitem Umfang variierten. Die komparative Analyse der Ausgangslagen sowie des Agierens wichtiger Akteure verdeutlicht, dass die »Vergenossenschaftlichung« keineswegs durchgängig der öffentlich inszenierten Fortschrittseuphorie entsprang, sondern in höchst unterschiedlichem Ausmaß aus Zwangslagen resultierte, die ihrerseits starke Unterschiede aufwiesen. Dass die SED-Führung ihr agrarpolitisches Handeln sowohl 1952/53 als auch ab 1957/58 mit deutlich weiter reichenden gesellschaftlichen Transformationsprozessen verband und diese jeweils mit einer ideologisch geprägten Zukunftsutopie rechtfertigte, hat wiederholt den Blick dafür verstellt, dass nicht jene Utopien allein, sondern auch strukturelle (und daraus folgend akute) Bedrohungssituationen unmittelbar handlungsrelevant waren bzw. in wachsendem Maße wurden.⁶⁷ Damit wird abermals der enge Zusammenhang zwischen der Kollektivierungspolitik und den zeitnahen Krisen sichtbar; weiterhin offen bleibt jedoch die Frage, wie intentionale

65 Vgl. allg. Thomas Adolph, Einleitende Bemerkungen zur historisch-politikwissenschaftlichen Methode des Vergleiches, in: Ludger Kühnhardt u. a. (Hg.), Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich, Frankfurt/M. 1994, S. 19–27; Kaelble, Der historische Vergleich, S. 48–92; Chris Lorenz, Die Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Köln 1997, S. 231–284;

66 Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe, S. 64.

67 Vgl. Mitter/Wolle, Untergang auf Raten, S. 305–318; Weber, Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, S. 2858–2860.

und strukturelle Determinanten der Kollektivierungspolitik im Einzelfall zu gewichten sind, inwiefern sie variierten oder konstant blieben. Eine Antwort auf diese Frage wird nicht nur eine genauere Evaluierung der Agrarpolitik erlauben, sondern auch weiterführende Aussagen über gesellschaftspolitische Interventionen der SED, über Bestimmungsfaktoren und Mechanismen der Herrschaftssicherung in der DDR sowie ihre sozioökonomischen Folgewirkungen ermöglichen.

Auch der unmittelbare Verlauf der zwei Kollektivierungsschübe weist zunächst zahlreiche Gleichförmigkeiten auf. Beide wurden von zentraler Stelle initiiert und gesteuert, erfolgten zunehmend unter Anwendung bzw. Androhung von Gewalt, bezweckten unter anderem die bereits erwähnte Beseitigung des privaten Unternehmertums in der Landwirtschaft und entsprachen sowohl in ihren Zielsetzungen als auch in Hinblick auf die dabei angewandten Methoden den weltanschaulichen Prämissen der Monopolpartei. Das trifft in weiten Teilen auch auf die handlungsleitenden Präzedenzfälle zu, die jeweils von herausgehobenen Funktionären der SED inszeniert wurden und herrschaftspraktisch den Beginn der forcierten »Vergenossenschaftlichung« versinnbildlichten. Ihnen gebührt daher besondere Aufmerksamkeit. Ihre genaue Analyse ermöglicht nicht nur eine aufeinander bezogene Darstellung von mikrohistorischen Konstellationen und übergreifenden Prozessen wie Strukturen, sondern vermag es aufgrund ihrer kaum zu überschätzenden Bedeutung für den Verlauf der Transformationsschübe ebenso, weiterführende Aussagen über Motive und Determinanten der Kollektivierung zu treffen.⁶⁸ Als Präzedenzfälle von führenden Vertretern der Monopolpartei konstruiert, manifestierten sie nicht nur zugleich Intention und Wirklichkeit der SED-Agrarpolitik, sondern gaben auch die weitere Entwicklung verbindlich vor. Wie zu zeigen sein wird, prägten die frühen LPG-Gründungen des Jahres 1952 den Fortgang der Kollektivierung ebenso nachhaltig wie die »Vollgenossenschaftlichkeit« des Kreises Eilenburg Ende des Jahres 1959.

Doch erst der systematische Vergleich zeigt, dass auch zwischen den Präzedenzfällen trotz aller offensichtlichen Gemeinsamkeiten signifikante Unterschiede bestanden. Eben jene Unterschiede präfigurierten den weiteren Kollektivierungsprozess und übten entscheidenden Einfluss auf die agrarpolitischen Nahziele der SED-Führung aus. Diese werden ebenso komparativ zu gewichten sein wie Ergebnisse und Folgen der »sozialistischen Umgestaltung« auf dem Lande, um damit deren Hintergründe, ihr zugrunde liegende Kontinuitäten und Varianzen, genauer als bisher konturieren zu können. Ein Totalvergleich beider Transformationsschübe wird dabei nicht angestrebt, vielmehr sollen in Abhängigkeit von den zuvor erzielten Er-

⁶⁸ Grundlegend vgl. Alf Lüdtke, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9–63.

kenntnissen diejenigen Vergleichsfelder herausgearbeitet werden, denen für die »Vergenossenschaftlichung« der DDR-Landwirtschaft herausragende Bedeutung zukam und die folglich unmittelbaren Einfluss auf das Agieren wichtiger Akteure ausübten.⁶⁹

Die vorliegende Arbeit nähert sich der Kollektivierung somit in zweifacher Weise. Zunächst sollen die agrarpolitischen Grundsatzentscheidungen, der Versuch ihrer Umsetzung sowie die daraus resultierenden Folgen auf breiter Quellenbasis neu gewichtet werden. In einem zweiten Schritt werden die so gewonnenen Befunde systematisch miteinander verglichen. Diese doppelte Perspektive wird es ermöglichen, politische, soziale und ökonomische Komponenten der »sozialistischen Umgestaltung« auf dem Lande eingehender als bisher zu betrachten, ihre Hintergründe wie Folgen genauer zu konturieren und so den Kenntnisstand deutlich zu erweitern.⁷⁰

Das bisher Gesagte berücksichtigend, lässt sich der Gang der Untersuchung wie folgt zusammenfassen: *Kapitel 1* widmet sich einführend den Voraussetzungen des 1952 beginnenden Kollektivierungsprozesses, sowohl in Hinblick auf die allgemeine Gesellschaftspolitik der in Moskau geschulten Führung der KPD bzw. der SED als auch in Bezug auf die Entwicklung der ländlichen Gesellschaft. Dabei wird keineswegs eine vollständige Darstellung der umfangreichen Transformationsprozesse in der SBZ/DDR nach 1945 angestrebt, vielmehr erfolgt eine Konzentration auf jene Entwicklungsstränge, die für die »Vergenossenschaftlichung« herausragende Bedeutung erlangen sollten. In diesem Zusammenhang kommt der Bodenreform mit den sich daraus ergebenden Folgeproblemen ohne Zweifel eine exponierte Stellung zu, aber auch die Herausbildung der Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) und den zunehmend forcierten »Klassenkampf« auf dem Lande gilt es grundlegend zu berücksichtigen. Einen Sonderfall bildet hier die Entwicklung des überlieferten landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, insbesondere der Raiffeisengenossenschaften, deren zielgerichtete Zerschlagung ab 1948 in engem Zusammenhang mit der sich anschließenden Kollektivierung zu sehen ist. Auch wenn führende Partei- und Staatsfunktionäre dies wiederholt negierten: Eine ausgeprägte genossenschaftliche Tra-

69 Zu den Möglichkeiten und Grenzen eines Totalvergleiches (am Beispiel des Zivilisationsvergleiches): Kaelble, *Der historische Vergleich*, S. 79–92; Jürgen Osterhammel, *Sozialgeschichte im Zivilisationsvergleich*, in: GG 22 (1996), S. 143–164.

70 Wie schon auf den vorangegangenen Seiten wird auch im Folgenden zum Zwecke einer besseren Lesbarkeit darauf verzichtet, alle dem SED-Sprachgebrauch entlehnten Begriffe in Anführungszeichen zu setzen. Lediglich jene traditionslosen Begrifflichkeiten, denen im Zusammenhang mit dem zeitgenössischen Kontext oder dem hier zu behandelnden Thema herausragende Bedeutung zukommt – wie etwa »Republikflucht«, »sozialistischer Frühling«, »Umsiedler« –, werden durchgängig markiert. Angaben von Zahlen und Ziffern folgen trotz erkennbarer Widersprüche den zeitgenössischen Gepflogenheiten. Daher wird z.B. die erste Parteikonferenz der SED mit einer arabischen (1.), die zweite jedoch mit einer römischen (II.) Ziffer versehen.

dition im Sinne autonomer gesellschaftlicher Selbstorganisation hatte es auf dem Gebiet der späteren DDR bereits seit mehr als 100 Jahren gegeben. Allerdings unterschied sie sich wesentlich von den Genossenschaften kommunistischer Prägung und bedarf daher an dieser Stelle eingehender Betrachtung.⁷¹

Kapitel 2 behandelt in chronologischer Folge den institutionell-organisatorischen Entstehungsprozess der LPG sowie dessen Determinanten im Zeitraum zwischen April 1952 und Juni 1953. Ausgangspunkt ist dabei eine folgenreiche Reise der SED-Führung nach Moskau, den Abschluss dieses ersten Kollektivierungsschubes bildeten die Ereignisse um den 17. Juni 1953. Besondere Berücksichtigung verdienen hier die ideologischen Grundlagen der Genossenschaftsgründungen, weil sich unmittelbar daraus weitreichende Konsequenzen für den gesamten Prozess ergaben. Damit eng verknüpft, eröffnet sich die Frage nach der Gewichtung von Spontaneität, Freiwilligkeit und Zwang, da dies grundlegende Aussagen über Befürworter, aber auch Opponenten der SED-Agrarpolitik und deren Reaktionen im relevanten Zeitraum ermöglicht. Nicht zuletzt ist nach dem Zusammenhang zwischen den Kollektivierungsbestrebungen und der tiefgreifenden Herrschaftskrise der DDR im Frühsommer 1953 zu fragen. In welchem Maße war die Landbevölkerung an den Ereignissen um den 17. Juni beteiligt? Stellte sie eine reale Gefahr für den Fortbestand des Regimes dar oder verhielt sie sich in überwiegendem Maße loyal und trug so zu dessen Stabilisierung bei?

Im Mittelpunkt von *Kapitel 3* steht – bei gebührender Berücksichtigung der Jahre 1953 bis 1957 – der zweite Kollektivierungsschub, dessen Beginn eng mit der 33. ZK-Tagung der SED im Oktober 1958 verknüpft war und der im »sozialistischen Frühling« des Jahres 1960 seinen vorläufigen Abschluss fand. Neben den bereits formulierten Leifragen ist hier von besonderem Interesse, inwiefern erfolgte Modifikationen im politischen und ökonomischen System der DDR einer erneuten Forcierung der Kollektivierung entgegenwirkten, diese begünstigten oder sie gar als zwingend erscheinen ließen. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die »Vergenossenschaftlichung« mit ihrem formellen Abschluss keineswegs auf durchgängige Akzeptanz in der ländlichen Bevölkerung stieß, sondern weitreichende Abwehrreaktionen hervorrief, die von »organisierten« Austritten aus den LPG bis hin zu zahllosen »Republikfluchten« reichten. Auch hier stellt sich – wie schon in Kapitel 2 – zwingend die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Agrar-

71 Eine sachlich unrichtige, zumeist auf die Legitimierung der LPG abzielende Gleichsetzung beider Organisationsformen findet sich immer wieder, so etwa in: Tanja Busse, Melken und gemolken werden. Die ostdeutsche Landwirtschaft nach der Wende, Berlin 2001, S. 9–30, 35. Ähnlich, wenn auch etwas differenzierender: Hans Luft, Agrargenossenschaften gestern, heute und morgen. Zur Geschichte der Landwirtschaft der DDR und ihre Perspektiven im vereinten Deutschland, Berlin 1998, S. 11–20.

politik der SED und der erneuten Herrschaftskrise, die nur durch den Bau der Berliner Mauer überwunden werden konnte.

Kapitel 4 greift die gewonnenen Erkenntnisse systematisch auf und vertieft sie mit Hilfe eines diachronen Vergleiches der beiden benannten Kollektivierungsabschnitte. Dies zielt nicht nur auf eine »Negativkontrolle allgemein akzeptierter historischer Erklärungen«⁷² ab, sondern verspricht Erkenntnisgewinn in mehrfacher Hinsicht. Auf der deskriptiven Ebene wird durch die Kontrastierung beider Vergleichseinheiten eine deutlichere Profilierung der Einzelfälle ermöglicht, heuristisch lassen sich Fragen und Probleme identifizieren, die bei einer chronologischen Darstellung nicht oder zumindest nur schwer erkennbar sind, und die entscheidenden Phasen der »Vergenossenschaftlichung« verlieren ihre paradigmatische Deutung, der Blick für die jeweiligen Eigentümlichkeiten wird geschärft. Unterschiede *und* Gemeinsamkeiten stehen dabei im Mittelpunkt des Interesses, wobei strukturelle wie funktionale Äquivalente ebenso zu beachten sein werden wie Konstanten und Variablen.⁷³ Um den Kollektivierungsprozess jedoch nicht voluntaristisch von den Gesamtzusammenhängen zu trennen, werden auch bei diesem Vergleich die Rahmenbedingungen zentral zu berücksichtigen sein; den zeitnahen Herrschaftskrisen kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu.

72 Diese Eigenschaft wird dem historischen Vergleich zugesprochen in: Moore, Soziale Ursprünge, S. 12.

73 Haupt/Kocka, Historischer Vergleich, S. 9–45.